

Der Antrag der SPD-Fraktion die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob die beschlossenen Steuererhöhungen ausreichen, um die Folgen dieses Vorhabens abzudecken, wird mit einem Stimmenverhältnis von

09 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, LINKE)

14 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, FDP. Breuer)  
abgelehnt.

AM Dr. Kuhn erklärt zu seinem Abstimmungsverhältnis dass er gegen die Ziffern 1 gestimmt habe, weil er der Meinung ist, dass hier der 2. Schritt vor dem 1. Schritt gemacht wird.

AM Wehrend erklärt zu seinem Abstimmungsverhältnis dass er für alle Punkte gestimmt habe, weil diese Fragen bereits der Verwaltung seit September in Auftrag gegeben wurden.